

BLITZLICHTER

Informationen aus der politischen Arbeit
in Berlin und für Bremen

SONDERAUSGABE – 1. März 2010



Dr. Carsten Sieling

Mitglied des Deutschen Bundestages

SONDERAUSGABE

Sehr geehrte Damen
und Herren,
liebe Freunde,
liebe Genossinnen
und Genossen,



am vergangenen Freitag hat der Deutsche Bundestag über die Fortführung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (ISAF) namentlich abgestimmt.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat mehrheitlich den Vorschlag der Bundesregierung zum Afghanistanmandat mitgetragen. Ich habe mit 15 anderen Abgeordneten der SPD-Bundestagsfraktion gegen die Verlängerung des Mandates gestimmt. Drei Punkte haben mich zu meiner Entscheidung bewegt:

1. Afghanistan lässt sich nicht mit militärischen Mitteln befrieden. Das Land kann nur durch eine konsequente zivile Konfliktbearbeitung und Krisenprävention stabilisiert werden. Der Schwerpunkt des ISAF-Mandats kann meines Erachtens nur der Wiederaufbau und die Unterstützung der afghanischen Regierung bei Übernahme

der Sicherheitsverantwortung im Land sein.

2. Durch die Übernahme zentraler SPD-Forderungen (konkrete Abzugsperspektive, verstärkte Anstrengungen bei der Polizeiausbildung, Verdoppelung der Mittel für den zivilen Wiederaufbau) in den Antrag der Bundesregierung geht die Afghanistan-Politik einen großen Schritt in die richtige Richtung. Aber die Aufstockung um 500 Soldatinnen und Soldaten sowie die im Antrag genannte „flexible Reserve“ von 350 Soldatinnen und Soldaten steht zu dieser Perspektive im Widerspruch. Die Bundesregierung kann diese Aufstockung nicht schlüssig begründen. Ich halte diesen Kern des Mandats für eine Gefährdung des Rückzugs aus Afghanistan.
3. Die Bundesregierung hat mit ihrem Umgang bzgl. der Vorfälle in Kunduz jegliches Vertrauen verspielt. Insbesondere Minister zu Guttenberg, aber auch Außenminister Westerwelle bieten für die Anforderungen in Afghanistan und die notwendige deutsche Politik keine hinreichende Zuverlässigkeit.

Wie in der Vergangenheit auch, hat sich die SPD-Fraktion intensiv mit der Mandatsverlängerung beschäftigt. Wir haben in der Fraktion offen und kontrovers diskutiert. Ein klares „Schwarz“ oder „Weiß“, ein „Für“ oder „Gegen“ den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan

Namentliche Abstimmung zur Verlängerung des ISAF-Mandates

Seit 2001 beteiligt sich die Bundeswehr unter Führung der NATO am ISAF-Mandat in Afghanistan. Grundlage des Einsatzes sind die Resolution 1386 (2001) und 1890 (2009) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen. Abgestimmt wurde über folgende Anträge:

<http://dip21.bundestag.btg/dip21/btd/17/006/1700654.pdf>

<http://dip21.bundestag.btg/dip21/btd/17/008/1700816.pdf>

Abgegebene Stimmen insgesamt: 586

Nicht abgegebene Stimmen: 36

Ja-Stimmen: 429

Nein-Stimmen: 111

Enthaltungen: 46

Ungültige: 0

Impressum

ViSdP:

Dr. Carsten Sieling, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

☎ 030 . 227 - 71596

✉ carsten.sieling.ma01
@bundestag.de



Dr. Carsten Sieling, MdB

habe ich nicht gesehen. Trotz der von der SPD erreichten Verbesserungen im Antrag der Bundesregierung zur Verlängerung des ISAF-Mandats in Afghanistan haben für mich die Kritikpunkte überwogen. Deshalb habe ich mit Nein gestimmt.

Klarstellen möchte ich, dass die SPD-Bundestagsfraktion eine sehr ernste, faire und verantwortungsvolle Beratung geführt hat. Das gemeinsame Positionspapier von Frank-Walter Steinmeier und Sigmar Gabriel beschreibt die richtige Politik: http://www.spd.de/de/pdf/Positionspapier_Afghanistan.pdf

Der Antrag der Bundesregierung aber hat meines Erachtens diesem Papier nicht hinreichend entsprochen.

Das Abstimmungsverhalten aller Bundestagsabgeordneten kann hier nachgelesen werden: http://www.bundestag.de/bundestag/plenum/abstimmung/20100226_17_816.pdf.

Herzliche Grüße,

Carsten Sieling

Kontaktdaten

Mein Büro in Berlin:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
☎ 030 . 227 - 71595
☎ 030 . 227 - 76212
✉ carsten.sieling@bundestag.de

Mitarbeiter:

Florian Leuthner
Johannes Tiefensee
Katja Tempke

Mein Büro in Bremen:

Obernstr 39-43
28195 Bremen
☎ 0421 . 35 018 25
☎ 0421 . 35 72 83
✉ carsten.sieling@wk.bundestag.de

Mitarbeiter:

Gisela Waltemathe
Niels Kuhlmann

NEIN zur Kopfpauschale! Ja zu einer guten Gesundheitsversorgung für alle!

Heute startet die Unterschriftenkampagne „NEIN zur Kopfpauschale! Ja zu einer guten Gesundheitsversorgung für alle!“

Gesundheit ist ein wertvolles Gut. Jeder Mensch muss Zugang zur bestmöglichen medizinischen Versorgung haben. Die SPD will eine Gesellschaft, in der alle solidarisch füreinander eintreten. Deswegen lehnen wir die Kopfpauschale der schwarz-gelben Koalition ab.

- Die Kopfpauschale ist ungerecht, weil sie unabhängig vom Einkommen erhoben wird. Die Kosten für Geringverdiener steigen und Bezieher hoher Einkommen tragen weniger zur Finanzierung bei. Besonders belastet werden die Bezieher mittlerer und kleiner Einkommen, Arbeitslose sowie Rentnerinnen und Rentner. Ein solidarischer Ausgleich zwischen den Versicherten findet nicht mehr statt!
- Die Kopfpauschale macht einen sozialen Ausgleich nur noch durch „Bittstellerei“ beim Staat möglich.

- Und die Kopfpauschale führt dazu, dass gute medizinische Leistungen nur noch über private Zusatzversicherungen zu bekommen sein werden.

Auf der Kampagnenseite www.nein-zur-kopfpauschale.de kann die SPD-Petition gegen die Kopfpauschale abgerufen und unterzeichnet werden. Das Wichtigste ist, dass sich möglichst viele jetzt auf der Website als Unterstützer eintragen. Je mehr mitmachen und Flagge zeigen, umso größer wird der Druck gegen die unsolidarische Kopfpauschale.

Die SPD will eine solidarische Bürgerversicherung, bei der alle nach Höhe ihres Einkommens zur Finanzierung beitragen. Wir wollen eine paritätische Finanzierung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Deshalb bitte ich Sie/ Euch, die Petition zu unterstützen.